

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler, MdB
Staatsminister a.D.

Politisch-Militärische Gesellschaft e.V.

„Europa ist Pflicht!“

Berlin, am 29. Januar 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Anreden

- **Ralph Thiele,**
Vorsitzender der PMG
Oberst i.G.
- **Dr. Hans Ulrich Seidt,**
Stellvertretender Vorsitzender PMG
Botschafter, Auswärtiges Amt
- **Heinz Schulte**
Finanzvorstand

Preußen und Bayern

Vermintes Gelände Vielen herzlichen Dank für Ihre Einladung zur Politisch-Militärischen Gesellschaft.

Ich habe sie sehr gerne angenommen, obwohl ich mir bewusst bin, dass ich hier leicht vermintes Gelände betrete.

„Militärische Gesellschaft“ Ihre Politisch-Militärischen Gesellschaft will die Tradition der „Militärischen Gesellschaft“ von Gerhard von Scharnhorst wieder aufleben lassen.

- Gerhard von Scharnhorst
- Scharnhorst, dieser große Reformier des preußischen Heerwesens und bedeutende Truppenführer, war eine der prägenden Gestalten der großen europäischen Wende im Frühjahr 1813, die das Ende der Herrschaft Napoleons brachte und zur Neuordnung Europas im Wiener Kongress führte.
- Schlacht bei Großgörschen
- Im Juni dieses Jahres werden Sie gewiss sein 200. Todesjahr ehren: Am 28. Juni 1813 verstarb Scharnhorst in Prag an einer Schusswunde, die er am 2. Mai 1813 in der Schlacht bei Großgörschen – der ersten Schlacht der Befreiungskriege – erlitten hatte.
- Bayern als Gegner
- Der Bayer muss eingestehen, dass sein Heimatland zu diesem Zeitpunkt (noch) auf der anderen Seite, auf der Seite Napoleons, stand.
- Verhandlungen mit Allianz
- Nach der Katastrophe des Russland-Feldzuges von 1812, in dem das bayerische Rheinbundkontingent von 30 000 Mann fast völlig aufgerieben wurde, versuchte Bayern sich von Napoleon zu lösen. Aber die Verhand-

lungen mit der antinapoleonischen Allianz Preußen – Russland – Österreich gestalteten sich dramatisch, und in ihrem Ergebnis hatten sie eine grundlegende Bedeutung für die ganze deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts.

Rückgabe von Ansbach und Bayreuth

Die Verhandlungen drohten vor allem an der Forderung des preußischen Staatskanzlers Hardenberg zu scheitern, der von Bayern eine Rückgabe von Ansbach und Bayreuth, den Stammlanden der Hohenzollern, forderte und damit die Identität des neuen Bayerns in Frage stellte.

Am 11. April 1813 kam es deshalb zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Preußen und zur Ausweisung des preußischen Geschäftsträgers in München.

Diplomatie Metternichs

Bayern bewegte sich nun auf Österreich zu, dessen Diplomatie der österreichische Staatskanzler Metternich weitaus geschmeidiger und konzilianter gestaltete.

Teplitzer Vertrag	Mit dem Teplitzer Vertrag vom 12. August 1813 wurde dann die juristische Grundlage für den Übertritt Bayerns zur Koalition geschaffen. Metternich verhandelte dabei mit den süddeutschen Staaten auf der Grundlage einer Zusicherung ihrer staatsrechtlichen Unabhängigkeit und territorialen Integrität.
Heinrich von Treitschke	Heinrich von Treitschke, Preußens Hof-Historiker und Propagandist, hat lange erbittert dagegen gewettert, dass Bayern, „ <i>der gefährlichste und böseste Staat des Rheinbundes</i> “ nicht zur Rechenschaft gezogen wurde und „ <i>den Raub der jüngsten Jahre</i> “ – Ansbach und Bayreuth – behalten durfte.
Verbundenheit mit Österreich	Für Bayern wiederum war die Haltung Österreichs und dessen Garantie der bayerischen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Schlüssel für einen Systemwechsel in den Befreiungskriegen und dann das bestimmende Moment bayerischer Politik bis 1866.

- Krieg von 1866 1866 steht Bayern dann auch an der Seite Österreichs und des Deutschen Bundes im Krieg gegen Preußen. In wenigen Monaten ist alles vorbei. Die preußische Armee besiegt die österreichisch-bayerische bei Königgrätz. Dann marschiert sie in Bayern ein. Im August wird der Friedensvertrag unterzeichnet, in dem Bayern noch glimpflich davonkommt.
- Weg in den kleindeutschen Nationalstaat Mit dem Ende dieses Krieges von 1866 sind dann auch alle Hoffnungen auf einen großdeutschen Staatenbund zerstoßen, in dem die beiden Großmächte Österreich und Preußen, aber auch Mittelstaaten wie Bayern, ihren gleichberechtigten Platz gehabt hätten. Der Weg in den kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie ist vorgezeichnet.
- Krieg von 1870 Wenige Jahre später räumt Preußen dann mit dem national aufgeladenen Konflikt und dem Krieg mit Frankreich die letzten Hindernisse auf dem Weg zum Berliner Nationalstaat bei Seite.

Sein oder Nicht-
sein Bayerns

Noch während der deutsch-französische Krieg tobte, ging es im Bayerischen Landtag um Sein oder Nichtsein Bayerns.

Die Abgeordneten hatten die Entscheidung zu treffen

- zwischen dem Fortbestand eines souveränen Staates in einem selbstständigen Königreich,
- und dem Eintritt in das Deutsche Kaiserreich, verbunden mit einer übermächtigen preußischen Dominanz.

„Alternativlos“.

Obwohl den bayerischen Abgeordneten noch keine Gelegenheit zur Debatte oder Abstimmung gegeben war, trat am 1. Januar 1873 der Versailler Vertrag über die Bildung des Deutschen Reiches in Kraft. Ihre Debatte und Abstimmung war deshalb im wahrsten Sinne „*alternativlos*“.

Wahre Redeschlachten

Gemäß der bayerischen Verfassung mussten die beiden Kammern des Landtages den ausgehandelten Beitrittsverträgen zustimmen. Man lieferte sich dabei wahre Redeschlachten. In der zweiten Kammer rangen die Abgeordneten zehn Tage heftig miteinander.

Dr. Anton Ruland Wortgewaltiger Widerständler war etwa der Abgeordnete Dr. Anton Ruland von Würzburg:

„Was wird Bayern glücklicher machen, die Verträge oder die alte Verfassung? Was wird Bayern lieber sein: Bleibt es im Glanze seiner eigenen Krone, oder im Glanze der neuen Kaiserkrone? Ich habe geschworen und bleibe meinem Eide treu: Ich will ein freies Bayern und einen freien König haben. Deshalb stimme ich gegen diese Verträge.“

Georg Arbogast zu Franckenstein Nicht weniger patriotisch war der fränkische (!) Gegner der Verträge Georg Arbogast zu Franckenstein, der in der ersten bayerischen Kammer am 30. Dezember 1870 gegen den Vertrag stimmte:

„Ich dachte nicht die deutsche Einheit auf der einzigen Basis eines unermesslichen Heeres, sondern ich dachte sie mir allerdings stark nach außen, aber frei nach innen.

Das ist meine innigste Überzeugung, ein Staat, eine Föderation, der es an der Freiheit, an der Möglichkeit freier Entwicklung fehlt, hat keine Zukunft,“

Nicht Recht bekommen, aber Recht gehabt

Wir alle wissen, welche Entwicklung und welches Ende der deutsche Nationalstaat von 1871 genommen und gefunden hat. Die Vertreter des bayerischen Volkes, die sich in der Abstimmung am 22. Januar 1871 gegen die Versailler Verträge ausgesprochen haben, haben nicht Recht bekommen, aber Recht gehabt.

Ludwig II.

So wie der bayerische Märchenkönig Ludwig II., dem sich jetzt wieder einmal ein Spielfilm widmet. Er hat die Berliner Politik lebenslang als die „*ansteckende Pest des unseligen Deutsch-Schwindels*“ bezeichnet und abgelehnt.

Auf der Suche nach Europa

Der Bayer empfindet sich deshalb heute von einem politischen Widergänger heimgesucht.

Winston Churchill

„Wir sind für Europa, aber nicht Teil davon. Wir sind verbunden, aber nicht einbezogen. Wir sind interessiert und assoziiert, aber nicht absorbiert.“

*Wir gehören nicht zu einem einzelnen Kontinent,
sondern zu allen Kontinenten.“*

Rede von Zürich

Von wem stammt das?

Falsch: Das stammt von Winston Churchill aus den
30iger Jahren des letzten Jahrhunderts.

In Sachen Europa wird immer gerne die Rede von Wins-
ton Churchill vom 19.09.1946 in Zürich zitiert, in der er
gefordert hat:

*„Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Eu-
ropa errichten.*

Was aber meistens unterschlagen wird, ist der Schluss
dieser Rede, in dem Churchill betont:

*„Großbritannien, das Britische Commonwealth ...
müssen **dem neuen Europa als wohlwollende
Freunde gegenüberstehen** und ihm zu seinem
Lebensrecht verhelfen.*

So möge denn Europa erstehen.“

- Rede Cameron Das hat sich inzwischen geändert. Großbritannien ist mittlerweile Mitglied der europäischen Staatenfamilie. Wenn auch ein – wie Premierminister David Cameron jüngst am 23. Januar hervorgehoben hat, ein „streitbares und ziemlich eigensinniges“ Mitglied.
- Neuordnung der Union Für dieses eigensinnige und streitbare Mitglied hat sein Premierminister jüngst in einer bemerkenswerten Rede, welche die entscheidenden Fragen stellt, die aufgegriffen und gelöst werden müssen. Die Europäische Union wird sich (so David Cameron) in den nächsten Jahren *„irgendwann auf eine Änderung der Verträge verständigen müssen, um die Neuerungen einzuführen, die langfristig für die Zukunft des Euro notwendig sind. und um dieses von Vielfalt, Wettbewerbsfähigkeit und demokratischer Rechenschaftspflicht geprägte Europa, das wir anstreben, fest zu verankern“* .

- Streit der Kulturen Im Kern geht es heute um eine Auseinandersetzung zwischen zwei ganz unterschiedlichen staatspolitischen Konzeptionen und Kulturen:
- Liegt die Zukunft Europas in einem Mehr an Zentralisierung, einem europäischem Etatismus und einer großen zentral gesteuerten europäischen Transferunion, welche die Unterschiede mehr oder weniger sanft von oben ausgleicht und nivelliert?
 - Oder liegt die Zukunft Europas auch weiterhin in dem Unterschied, im Wettstreit und im Wettbewerb, in der Wahrung nationaler und regionaler Identitäten – bei allem Wandel und bei aller Annäherung, die die Globalisierung der Welt mit sich bringt?
- Vereinheitlichung So stehen sich auf der anderen Seite die Anhänger der großen Transferunion gegenüber, für die das Heil in einer Art Super-Sozialstaat liegt, der die Differenzen, die sich aus den unterschiedlichen Leistungsstärken der einzelnen Mitgliedsstaaten ergeben, weitgehend ebnet.

... oder Pflege des Unterschieds

Und dagegen steht das Lager derjenigen, für welche die nationalen Grenzen weiterhin ihre Bedeutung haben, weil sie im Unterschied und im Wettstreit, in der Eigenverantwortung und Selbstständigkeit ihre Werte sehen und die Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe verstehen, die keine Einbahnstraße ist, sondern in der sich soziale Solidarität – die Pflicht zur Hilfe – mit politischer Solidarität – der Pflicht zur Selbsthilfe – verbindet.

„Flexible Union freier Mitgliedsstaaten“

„Flexibles Netzwerk“:

Diese alte Diskussion um die Ordnungspolitik eines geeinten Europas – um Zentralisation oder Dezentralisation – bereichert Cameron mit einer Überlegung, die ich faszinierend und überzeugend finde. Er plädiert für eine europäische Union als eine „flexible Union freier Mitgliedsstaaten“, keine politische Union also, sondern ein „flexibles Netzwerk“:

„Wir dürfen uns die Arbeit nicht erschweren, in dem wir auf einem Einheitsmodell bestehen, das von der Annahme ausgeht, dass alle Länder das gleiche Maß von Integration anstreben.“

Fakt ist: Sie wollen das nicht, und wir sollten auch nicht vorgeben, dass wir es wollen.“

Realität der Europäischen Union

Gegen den Vorwurf, dass damit gegen ein wesentliches Prinzip der Gründungsphilosophie der EU verstoßen werde, verweist Cameron auf die Realität der heutigen Europäischen Union:

„Siebzehn Mitglieder gehören der Euro-Zone an, zehn nicht. Sechszwanzig europäische Staaten sind Schengen-Mitglieder - darunter vier Nicht-EU-Länder. Zwei Länder - Großbritannien und Irland – halten an ihren Grenzkontrollen fest. Einige Mitgliedsstaaten wie Großbritannien und Frankreich sind bereit, willens und fähig, in Libyen oder Mali einzugreifen. Andere fühlen sich beim Einsatz militärischer Gewalt unwohl. Lassen Sie uns diese Vielfalt begrüßen, statt sie zu ersticken.....

Weit davon entfernt die EU auszuhöhlen, wird dies viel mehr die Mitgliedsstaaten enger aneinander binden, weil eine flexible freiwillige Zusammenarbeit

beit ein viel stärkeres Bindemittel ist als eine von der Zentrale verordnete Zwangsmaßnahme.“

Europa ist Kür

Als unser Thema heute haben Sie – in politisch-militärischer Knappheit - formuliert: „Europa ist Pflicht!“ Natürlich ist Europa Pflicht, - mit Blick auf unsere unselige kriegerische Vergangenheit und auf die Zukunft in einer globalisierten Welt.

Aber nicht nur Pflicht – Europa ist mehr.

Europa ist Kür: die freiwillige, selbstbestimmte, selbstverantwortliche Kür und Wahl der Teilhabe.

Keine zentralistische politische Union

Europa ist Pflicht, weil es unseren Frieden sichert und den Wohlstand verteidigt und mehrt. Aber das verlangt keine zentralistische politische Union, keine Vereinigten Staaten von Europa.

Dafür genügt auch ein flexibles Netzwerk, das der Vielfalt der Mitglieder gerecht wird und in seiner Flexibilität, Wahlfreiheit und Offenheit die Wettbewerbsfähigkeit Europas fördert.

Dazu Cameron:

„Die EU muss so schnell reagieren können wie ein flexibles Netzwerk, sie darf kein schwerfälliger, starrer Block sein.“

Europa der vielen Geschwindigkeiten

Die Krise der letzten Jahre hat für alle sichtbar gezeigt, dass es ein Europa der vielen Geschwindigkeiten gibt: Staaten mit oder ohne Euro, Staaten mit gesunder Volkswirtschaft und Krisenstaaten, Staaten, die aus der Union nahezu hinausgetragen werden, wie Großbritannien etwa. Hier nützt keine politische Gleichmacherei, so lange nicht die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den einzelnen Staaten ins Lot gebracht wird.

Cameron weiter:

„Wir brauchen eine Struktur, die der Vielfalt ihrer Mitglieder gerecht wird – Nord, Süd, Ost, West, klein, groß, alt und neu.“

Europas Vielfalt Das ist das Schlüsselwort. Die Vielfalt ist Europas größter Vorzug: Die Vielfalt seiner Staaten, Völker und Gesellschaften, die unterschiedliche Lösungen hervorbringen und auf diese Weise Individualität und Innovation fördern.

Daniel Brössler Daniel Brössler in der Süddeutschen Zeitung vom 26./27.01.2013 („Duell der Botschaften“):

„Was der Rede des Premierministers ... ihre Kraft verleiht, ist die Klarheit des in ihr formulierten Ziels. Es ist eine „flexible Union freier Mitgliedsstaaten“, keine politische Union also, sondern ein Netzwerk, mal mehr und mal weniger Gleichgesinnter mit der Mission, den Binnenmarkt in Europa zu vollenden, weltweit Märkte zu eröffnen und den Wohlstand seiner eigenen Bürger zu sichern.

Dies ist der Kern der Rede Camerons. Tatsächlich will er ein anderes Europa. Cameron und die Briten verdienen darauf eine Antwort.“

Prinzip der Subsidiarität

Macht zurück an
Mitgliedsstaaten

Einen weiteren großen Stein hat Cameron in den Teich der politischen Diskussion um Europa geworfen, der gewaltige Wellen geschlagen hat:

„Mein drittes Prinzip ist, dass es auch möglich sein muss, dass Macht an die Mitgliedsstaaten zurückfließt, anstatt nur von ihnen abgetreten zu werden. Wir müssen dieses Prinzip angemessen umsetzen.“

Präambel der EU-
Verträge

In der Präambel der EU-Verträge versprechen zwar die Mitgliedsländer, eine *„immer engere Union der Völker Europas“* zu schaffen, aber die in Brüssel bevorzugte Interpretation, dass damit eine immer stärkere politische Integration und damit Verschiebung von Kompetenzen und Souveränität an die europäische Zentrale gemeint ist, entspricht nicht dem Lissabon-Vertrag.

Artikel 48

In dessen Artikel 48 heißt es nämlich ausdrücklich, dass eine Änderung der Verträge durchaus nicht nur eine Ausdehnung, sondern im Gegenteil auch eine *„Verringe-*

zung der der Union in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten zum Ziel haben“ kann. Die Entwicklung der Europäischen Union ist keine Einbahnstraße hin zu immer mehr an zentralistischem Brüssel-Europa.

Der gleiche Vertragsartikel legt auch fest, dass die Regierung eines jeden Mitgliedsstaats, das Europäische Parlament oder die EU-Kommission Entwürfe zu „*Änderung der Verträge vorlegen*“ kann.

Subsidiarität

Europas Wesen und Wert ist seine versöhnte Vielfalt. Das wichtigste Grundprinzip einer europäischen Gemeinschaftsordnung ist daher das der Subsidiarität. Es verlangt Selbstverwaltung und Dezentralisation, um den Raum der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung zu sichern. Die Zukunft Europas kann darum nicht in der Enteignung des nationalen Souveräns liegen, solange dieser der einzig demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Vertreter seines Volkes ist.

Warten auf Vor- Man kann also sehr gespannt sein, welche Vorschläge
schläge Camerons zu einer Änderung der Verträge Cameron vorlegen wird,
welche eine schlankere, weniger bürokratische, weniger
zentralisierte Union im Blick haben.

Hohe Hürden Ob Großbritannien mit solchen Vorschlägen erfolgreich
sein wird, ist natürlich eine andere Frage. Schließlich
liegen die Hürden ziemlich hoch. Der Prozess, die Ver-
träge zu ändern, kann nur dann in Gang gesetzt werden,
wenn eine „einfach Mehrheit“ der Mitgliedsländer dem
im Europäischen Rat zustimmt. Von den gegenwärtig
noch 27 Mitgliedsländern müsste Großbritannien also 13
auf seine Seite ziehen.

Des Volkes Stimme

Noch einen weiteren großen Stein hat Cameron gewor-
fen: Die Frage der demokratischen Verantwortlichkeit.

Cameron:

Kein europäischer

Demos

*„Wir brauchen eine größere und bedeutendere
Rolle für die nationalen Parlamente. Einen europä-
ischen Demos gibt es meines Erachtens nicht.“*

Vielmehr sind und bleiben die nationalen Parlamente die eigentliche Quelle demokratischer Legitimität und Verantwortlichkeit in der Union ...

Zwischen der EU und ihren Bürgern klafft eine Lücke, die in den letzten Jahren dramatisch gewachsen ist, und die in einem Mangel an demokratischer Verantwortlichkeit und Zustimmung besteht.“

Verfassungsbeschwerden

Ich habe, wie Sie wissen, in den vergangenen Jahren wiederholt Verfassungsbeschwerde gegen europapolitische Gesetze eingelegt. Das Bundesverfassungsgericht ist diesen Beschwerden in keinem Fall vollumfänglich gefolgt und hat damit seine nun 60jährige Rechtsprechung aufrechterhalten.

Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht in einer hochpolitischen Angelegenheit mit internationalen Implikationen ein Projekt für verfassungswidrig erklärt, wenn dies von der Bundesregierung betrieben wurde und wenn Regierungs- und Oppositionsparteien sich einig waren.

- Stärkung des Bundestages
- In allen seinen Entscheidungen zu diesen Verfassungsbeschwerden aber hat das Bundesverfassungsgericht die Position des Bundestages in diesem europapolitischen Entscheidungsprozess gestärkt. Das Gericht hat dem Bundestag die Kompetenzen zurückgegeben, deren er sich selbst entäußert hatte.
- Notwendigkeit der Volksabstimmung
- So hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahre 2009 auch den Lissabon-Vertrag gebilligt, dabei aber auch klargestellt, dass das Grundgesetz eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedsstaaten souveräne Staaten bleiben und die EU ein Staatenverbund ist und nicht zu einem Bundestaat wird.
- Eine darüber hinaus gehende „*Integration*“, eine derartige „*Verfassungsneuschöpfung*“ müsste nach Artikel 146 GG „*von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen*“ werden.
- „*Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger*“
- Die große Aufregung über Camerons Vorschlag, gegebenenfalls eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs durchzuführen, ist es deshalb

schon sehr bezeichnend für das Demokratieverständnis und Europabild mancher Kritiker.

„Sind Volksabstimmungen die neue Geißel Europas – oder ein Heilmittel gegen die Bürgerferne der Europäischen Union? In Brüssel und den europäischen Hauptstädten ist eine Volksabstimmung über europäische Fragen so gefürchtet wie vor 1000 Jahren ein Einfall der Wikinger,“

so Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juni 2008. Daran hat sich offensichtlich nichts geändert.

Volksabstimmung
von 1975

Die Kritik an einer Volksabstimmung ist im Falle des Vereinigten Königreichs besonders abwegig, denn seine Mitgliedschaft wurde von seinen Bürgern entschieden: Am 05. Juni 1975 haben erstmals in der Geschichte des Landes die Bürger in einer nationalen Volksabstimmung nach den Neuverhandlungen der Vertragsbedingungen unter Premierminister Harold Wilson dem Verbleib in der EU zugestimmt. 67, 2 % waren dafür, 32, 8 % dagegen.

Es ist deshalb schon erstaunlich, dass diese freie Abstimmung die vermeintlichen Freunde Europas so wü-

tend macht. Aber es ist diese Form der Bevormundung und Besserwisserei, die der europäischen Idee zurzeit einen so unguten Zug verleiht.

„Austritt Großbritanniens aus der EU nicht dramatisch“

London kann Europa und der Welt mehr bieten als Brüssel. Hinter den hässlichen Fassaden der EU-Hauptstadt reden zwar alle Englisch, *aber „ein Austritt Großbritanniens aus der EU ist nicht dramatisch“*- sagt Daniel Cohn- Bendit.

Dümmer kann man sich nicht ausdrücken.

Ende der Brüsseler Veranstaltung

Ein Austritt Englands wäre das Ende der Brüsseler Veranstaltung, weil dann an der EU- Tektonik nichts mehr stimmt. Dies ist möglicherweise nicht nur schlecht, weil nach jedem Ende ein neuer Anfang kommt.

Warum sie sich über Cameron so aufregen? Der konservative Premierminister hat doch nur verlangt, womit schon der linke Papandreou die Euroretter auf die Palme gebracht hatte: das Volk zu befragen.

Eine andere Frage ist, was passiert, wenn die Schotten nächstes Jahr ihre Selbstständigkeit beschließen. Dann werden die Karten ohnehin neu gemischt.

Und wir Bayern werden uns natürlich eingehend beraten, ob wir es nicht den Schotten nachmachen sollten.

Bayern kann es
auch allein

„*Bayern kann es auch allein*“ hat Winfried Scharnagl jüngst sein „*Plädoyer für einen eigenen Staat*“ überschrieben und seinen Vorschlag, dem zentralistischen Brüssel gestärkte Regionen entgegenzusetzen.

Malta statt Berlin

Er hat wohl Recht. Dann finanziert Bayern eben per Transfer nicht mehr Berlin samt Wowereit und seinen Flughafen, sondern nur noch Malta oder Zypern. Dort ist es wenigstens sonnig und warm.

„Untergehen oder verschweizern“

Umgang mit Ver-
schiedenheit

In seinem Roman „Justiz“ bringt Friedrich Dürrenmatt das Schicksal unseres Globus auf eine ebenso gewagte wie verblüffende Formel:

„Die Welt wird entweder untergehen oder verschweizern.“

Wie meint Dürrenmatt das?

Was die Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten und Völkern heraushebt, ist ihr Umgang mit Problemen der Verschiedenheit, ihre Suche nach Lösungen bei kulturellen, sprachlichen, religiösen oder ethnischen Konflikten, die von allen getragen werden können - kurz: die vorbildliche Bewältigung ihrer Multikulturalität.

Wertegemeinschaft

Die sprachliche, kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt wird nicht (mehr) als Bedrohung der eigenen Besonderheit, sondern als deren Ergänzung und Bereicherung empfunden.

Insofern versteht sich das aus einer Vielfalt „zusammengesetzte“ Schweizer Volk in erster Linie als eine Wertegemeinschaft, die sich den politischen Grundprinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats, des Föderalismus sowie nicht zuletzt dem Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet weiß.

Demokratie ohne Parteien	Den deutschen Politiker beeindruckt, wie weit entfernt die Schweiz von einer Parteiendemokratie wie der in Deutschland ist, in der die Parteien nicht nur die maßgeblichen Faktoren der politischen Willensbildung sind, sondern auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens einen dominierenden Einfluss ausüben.
Direkter Demokratie als Art Markenzeichen	In der Schweiz hingegen sind die Verfahren direkter Demokratie zu einer Art Markenzeichen dieser Demokratie geworden und haben weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Regierungssystem.

Denn allein schon die Möglichkeit, dass Teile des Volkes ihre besonderen Anliegen zum Gegenstand der Beratung machen, oder dass das gesamte Volk ein be-

schlossenes Gesetz annulliert, zwingt die Politiker und ihre Parteien, bereits im Vorfeld Kompromisse zu suchen und Lösungen zu finden, die nach allen Richtungen hin abgesichert und nur schwer angreifbar sind.

Bund ohne Band

Den Deutschen fasziniert weiter, dass in der Schweiz die Kantone im föderalen Verfassungsgefüge eine weit- aus größere Rolle als die Länder in Deutschland und wohl auch als die Gebietskörperschaften in den meisten anderen Bundesstaaten dieser Welt spielen.

Der Freistaat Bayern mit den Rechten und Freiheiten eines Schweizer Kantons: Das wäre die reine Seligkeit.

Land ohne Herr-
schaft

Aufgrund historischer Erfahrungen und langer Fremdherrschaft gehören Freiheitsdrang und Freiheitsliebe zu den hervorstechendsten Eigenschaften der Schweizer. In der Verfassungswirklichkeit schlägt sich das darin nieder, dass in erster Linie die Gemeinden der Ort bürgerschaftlichen Engagements und der Ort persönlicher Beziehungen sind.

Die Gemeinden haben die Funktion einer identitätsvermittelnden Einrichtung. Man ist Baseler, Berner oder Züricher und steht lebenslang mit seiner Wohnsitzgemeinde in engster Verbindung.

Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens

Dabei fasziniert den Deutschen wiederum der Variantenreichtum und die außerordentliche Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens, die jeden biedereren, braven deutschen Kommunalrechts- und Gebietsreformer verzweifeln lassen würde.

Allein schon die Frage der Größe (um die bei uns im Rahmen der Gemeindegebietsreform erbittert bis aufs Blut gestritten wurde):

- Die kleinste Gemeinde der Schweiz umfasst 28 Hektar, die größte tausend mal so viel: 28.000 Hektar.
- Die Stadt Zürich hat mehr öffentliche Angestellte als der Kanton Appenzell-Innerrhoden Einwohner.

Gemeindegebietsreform undenkbar

Obwohl diese Disparitäten beträchtliche Kosten verursachen, würde eine Generalbereinigung der kommunalen Zersplitterung, eine Gemeindegebietsreform à la Deutschland, in der Schweiz auf völliges Unverständnis stoßen und fast schon als revolutionärer Akt für ein Land empfunden werden, in dem niemand gern einen Herrscher über sich duldet.

Europa – Schweiz
der Welt?

Europa – die Schweiz der Welt?

- Das Megalopolisch-Unsympathische der EU löste ein solcher Vorschlag jedenfalls sofort auf.
- Ebenso positiv wäre die Vorstellung von Europa als Eidgenossenschaft.
- Auch die Pflege von Vielsprachigkeit könnte Brüssel von Bern gut lernen.
- Ebenfalls die Achtung vor kantonaler Selbstbestimmung und staatsbürgerlicher Funktion.

- Vor allem der unbedingte Respekt vor dem Volkswillen und die Balance von globaler Einbindung und örtlicher Autarkie.
- Und dass es nicht auf die Größe eines Territoriums ankommt, sondern das, was man damit macht.

Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D.
Politisch-Militärische Gesellschaft e.V.
„Europa ist Pflicht!“
Berlin, am 29. Januar 2013

Anreden	1
Preußen und Bayern	1
Vermintes Gelände.....	1
„Militärische Gesellschaft“	1
Gerhard von Scharnhorst	2
Schlacht bei Großgörschen	2
Bayern als Gegner	2
Verhandlungen mit Allianz.....	2
Rückgabe von Ansbach und Bayreuth.....	3
Diplomatie Metternichs	3
Teplitzer Vertrag.....	4
Heinrich von Treitschke	4
Verbundenheit mit Österreich	4
Krieg von 1866	5
Weg in den kleindeutschen Nationalstaat.....	5
Krieg von 1870	5
„Alternativlos“	6
Wahre Redeschlachten	6
Dr. Anton Ruland.....	7
Georg Arbogast zu Franckenstein	7
Nicht Recht bekommen, aber Recht gehabt	8
Ludwig II.....	8
Auf der Suche nach Europa	8
Winston Churchill	8
Rede von Zürich.....	9
Rede Cameron.....	10
Neuordnung der Union	10
Streit der Kulturen	11
Vereinheitlichung.....	11
... oder Pflege des Unterschieds	12
„Flexible Union freier Mitgliedsstaaten“	12
Realität der Europäischen Union	13
Europa ist Kür	14
Keine zentralistische politische Union.....	14
Europa der vielen Geschwindigkeiten.....	15
Europas Vielfalt	16
Daniel Brössler.....	16
Prinzip der Subsidiarität	17
Macht zurück an Mitgliedsstaaten	17
Präambel der EU-Verträge	17
Artikel 48	17
Subsidiarität	18
Warten auf Vorschläge Camerons.....	19
Hohe Hürden.....	19

Des Volkes Stimme	19
<i>Kein europäischer Demos</i>	19
Verfassungsbeschwerden	20
Stärkung des Bundestages	21
Notwendigkeit der Volksabstimmung	21
„Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger“	21
Volksabstimmung von 1975	22
„Austritt Großbritanniens aus der EU nicht dramatisch“	23
Ende der Brüsseler Veranstaltung	23
Bayern kann es auch allein	24
Malta statt Berlin.....	24
„Untergehen oder verschweizern“	25
Umgang mit Verschiedenheit.....	25
Wertegemeinschaft	25
Demokratie ohne Parteien.....	26
Direkter Demokratie als Art Markenzeichen.....	26
Bund ohne Band.....	27
Land ohne Herrschaft.....	27
Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens	28
Gemeindegebietsreform undenkbar	29
Europa – Schweiz der Welt?	29